Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 96. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonntag, den 26. April 1931. | 13. Jahrgang.

Bei diesem Grunde will ich bleiben,
So lange mich die Erde trägt.
Das will ich denken, tun und treiben,
So lange sich ein Glied bewegt.
So sing ich einstens höchst erfreut:
O Abgrund der Barmherzigkeit!

Joh. Andr. Rothe, geb. 1688.

Euer Herz werde nicht erschüttert!

Und er sprach zu seinen Jüngern: Euer Herz werde nicht erschüttert! Glaubet an Gott und glaubet an mich! Joh. 14, 1.

Wenn es auf der Oberfläche des Meeres stürmt und braust, so ist es in der Tiefe ganz stille. Die U-Bootleute erzählen gern, wie wundersam sie diese Stille berührt, wenn sie aus dem betäubenden Lärm der stürmischen Unruhe oben in die Tiefe hinabsteigen. — Aus einer tiefen Stille, welche die Stille der Ewigkeit ist, redet der Herr zu seinen Jüngern und zu uns. Er will, daß wir in dieser stillen Tiefe so zu Hause werden, daß unser Herz nicht erschüttert wird. Und dabei war es doch auch damals für die Jünger so, als wenn die ganze Welt unterginge, als wenn Gottes Regiment aufhörte, als wenn das Werk der Erlösung, das der Herr begonnen hatte, vernichtet würde. Nach dem Willen Jesu sollten diese furchtbaren Dunkelheiten ihren inwendigen Menschen, ihr Herz, nicht erschüttern. Gerade in dem Wanken und Schwanken der irdischen Welt- und Kirchenmächte sollte ihr Glaube an Gott, den Schöpfer und Regierer der Welt, an Gott, den Erlöser, wie er sich in Jesu offenbart, nur um so fester werden.

Doch hat nicht Jesus selbst eine Erschütterung gekannt, die bis in die Tiefen seiner Seele ging? Gewiß! (Johannes 12, 27, Matth. 26, 38) Aber diese Erschütterung des Sohnes Gottes, der auch dem Winde und dem Meere befehlen konnte, ist der Beweis dafür, daß er den Kampf aufgenommen hat mit den unsichtbaren Gewalten der Sünde, des Teufels und des Todes. Eben, weil er in diesem Kampf eine Zeitlang erschüttert wurde, darum wissen wir, daß er nicht, wie sonst alle Menschen, vor diesen Mächten ausgewichen ist, um sich selbst in Sicherheit zu bringen. Er, er allein hat den Kampf nicht nur aufgenommen; als der Gekreuzigte und Auferstandene steht er nun als der Sieger da über diese Mächte, welche im Grunde genommen allein unser Herz erschüttern könnten. Eingewurzelt in diese Erde ist durch ihn nun die ewige Gnade Gottes als eine Gnade für Sünder, für Gottlose, ja, für Feinde. Sie ist da und bleibt da, mitten in der Unruhe und dem Toben der dämonischen Mächte, welche wie Stürme über diese Erde dahinfegen. Sie ist da und bleibt da, denn ihre Wurzeln reichen in die Ewigkeit.

Was kann uns nun erschüttern, wenn wir an diesen Gott, wenn wir an diese seine nahe Gnadengegenwart glauben? Gewiß, unser leibliches Leben bleibt den Stürmen dieser Erde ausgesetzt. So wie sich im Erdbebengebiet niemand den Schwankungen des Erdbodens entziehen kann, so werden wir auch in das Wanken und Schwanken unseres Volkslebens, in seine wirtschaftlichen oder politischen Katastrophen mit hineingerissen. Wir haben mit teilzunehmen an dem Leiden, ja, vielleicht an dem Sterben unseres Volkes. Was gelten heute noch Sicherheiten, die früher als felsenfest angesehen wurden, der Staat, sein Regiment, seine Finanzen? Und was bedeuten daneben die armseligen Sicherheiten, die man sich durch Zugehörigkeit zu irgendeiner Parteirichtung des politischen oder kirchlichen Lebens erträumt? Wie lange darf es der Einzelne wagen, sich auf seine Gesundheit oder seinen Besitz zu stützen? Nein, jede Sicherheit, die wir im Sichtbaren suchen, ist Schein, ist wie das Anklammern eines Käferleins an ein vom Winde getriebenes Blatt. Gott aber sei Dank, daß seine Gnade bleibt, auch wenn Himmel und Erde vergehen. W—m.

Was vorgeht.

Die Auseinandersetzungen, die in den letzten Tagen um das Buch von Dr. Schacht „Das Ende der Reparationen“ und überhaupt um die Einstellung Dr. Schachts zur deutschen Staatspolitik und zur Weltpolitik erfolgt sind, zeigen, daß diesen Dingen das stärkste Interesse entgegengebracht wird. Weil die Reichsregierung nun merkt, welchen Eindruck die Darstellungen machen, die Dr. Schacht in seinem Buche von den Verhandlungsvorgängen um den Youngplan gibt, hat das Reichskabinett dem Reichsarchiv das in Betracht kommende Aktenmaterial zur Verfügung gestellt. Es soll nun geprüft und der Oeffentlichkeit mitgeteilt werden, ob die Behauptungen Dr. Schachts über einige wichtige Vorgänge, die besonders die Festlegung der Höhe der Reparationssumme und die Handlungsfreiheit der verantwortlichen deutschen Vertreter betreffen, stimmen. Die Veröffentlichungen des Reichsarchivs sind nun erfolgt und werden in der großen Presse erörtert. Man will nun festgestellt haben, daß der schwere Vorwurf, den Dr. Schacht gegen die Reichsregierung erhoben hat, sie habe ihre Sachverständigen über den politischen Stand der Verhandlungen nicht hinreichend unterrichtet und deren Unabhängigkeit nicht gewahrt, ungerechtfertigt sei.

Der Zeitungsleser ist auch jetzt noch nicht in der Lage, nachprüfen zu können, ob nicht auch noch andere Faktoren zu berücksichtigen sind, die in jenen Tagen schwerster Entscheidungen eine Rolle gespielt haben. Ihn interessiert es in der Notlage, in die die Verträge das deutsche Vaterland gebracht haben, nicht so sehr, wie die Akten lauten. Die lebhaften Erörterungen um die Streitpunkte zeigen ihm aber wieder, wie eine solche Schicksalsfrage zu partei- und machtpolitischen Zwecken ausgenutzt wird und die allgemeinen Staats- und Volksinteressen in den Hintergrund gedrängt werden. Der Tatsache gegenüber, daß von der jetzigen Reichsregierung nichts geschieht in der Bekämpfung herrschender Notstände und Mißstände außen- und innenpolitischer Art, das auch von der Masse des Volkes, von dem einfachen Staatsbürger als ein Besserung bringender Erfolg erkannt und empfunden werden könnte, besteht die Gefahr, daß lähmender Fatalismus und stumpfe Resignation immer mehr die Kreise erfaßt, die wohl für praktische Arbeit, aber nicht für unklare, radikale Experimente zu haben sind. Das mögen auch die Gründe sein, aus denen heraus Dr. Schacht sich veranlaßt gesehen hat, den Weg zu gehen, den er jetzt geht, und der ihm die erbitterte Gegnerschaft derjenigen zuzieht, mit denen er bis dahin im gemeinsamen politischen Lager stand. „Er will die nationalistischen Instinkte gegen die Regierung wachrufen, die angeblich die nationale Ehre und Würde preisgegeben hat, und so den Nationalisten das Stichwort liefern, das ihm den Anschluß an die nationale Opposition gestatten soll“, das ist ein Vorwurf, der jetzt Dr. Schacht aus der demokratischen Presse entgegenschallt. Vom Standpunkt der Sonderinteressen und der Partei aus ist es tatsächlich auch ein schwerer Schlag für eine Partei, wenn sich ein Mann wie Dr. Schacht veranlaßt sieht, das alte Lager zu verlassen. Wie die Dinge aber liegen, muß das Ereignis als ein Zeichen dafür angesehen werden, wie ernst die Lage Deutschlands ist und das deutsche Volk, soweit es nicht im Bann einer ganz unsicheren Weltsolidarität steht, hat gar keine Veranlassung, Dr. Schachts politische Wandlung als eine Flucht vor der Verantwortung anzusehen, ein Vorwurf, der ihm jetzt von seinen früheren Freunden gemacht wird. Es ist vielmehr anzunehmen, daß er, den diejenigen, die in Deutschland die staatspolitische Macht hatten, für einen der Sachverständigsten hielten, ihn zum Reichsbankpräsidenten und zum Vertreter Deutschlands bei den Verhandlungen wählten, zu der Einsicht gekommen ist, daß die bisherige Führung niemals zu dem Ziel kommen wird, das Deutschland erstreben muß: Die nationale Selbständigkeit und volle Gleichberechtigung mit den Staaten gleichen Kulturstandes.

In dieser kurzen Betrachtung läßt sich nicht weiter eingehen auf die Einzelheiten, die in den Auseinandersetzungen diskutiert werden. Die ganze politische Lage Deutschlands ist wirklich noch nicht so, daß Herr Dr. Schacht in Versuchung hätte kommen können, aus persönlichem Ehrgeiz oder aus den anderen Gründen, die ihm zum Vorwurf gemacht werden, das parteipolitische Lager zu wechseln. Es ist die Wucht ganz anderer Tatsachen, die allmählich alle die, die noch ein Deutsches Reich in jener Form wollen, zu der Einsicht führen wird, daß die deutsche Politik überhaupt eine andere Richtung nehmen muß als die, die ihm feindliche Macht und eigene Schwäche aufzwang. Der Schritt Dr. Schachts wird nach dieser Richtung seine Folgen haben. Die Angst vor diesen Folgen macht einen recht großen Apparat mobil.

Dasselbe ist auch der Fall für die Abwehr der Mächte, die in der Nachkriegszeit die politische Opposition bildeten und die im letzten Jahre in einer Weise aktiv geworden sind, die für die Inhaber der Macht anfängt, sehr unangenehm zu werden. Wenn man etwas abseits steht von dem direkten parteipolitischen Kampf, wirkt es manchmal etwas belustigend, wenn man beobachtet, wie sich Tonart und Ansicht von einem Tage zum andern ändert, je nachdem die Hoffnungen für sich oder die Prophezeiungen für den Gegner ihre Erfüllung gefunden haben. So lasen wir in einem sozialistischen Blatt bis zum Tage des Abschlusses der Einzeichnung für das Volksbegehren die immer wiederholte Behauptung, an einen Erfolg des Volksbegehrens sei gar nicht zu denken. Als aber dann das Ergebnis der Eintragungen einen guten Sieg brachte, wollte jenes Blatt damit immer gerechnet haben. Dafür prophezeit man aber für den Volksentscheid nun von vornherein ein um so größeres Fiasko. Wenn bei den preußischen Machthabern diese Siegeszuversicht auch herrscht, wird kaum daran zu denken sein, daß man sich dort jetzt zur Auflösung des Landtages entschließt. Ein solcher Entschluß würde die Abstimmung durch den Volksentscheid überflüssig machen. In Preußen gibt es 26½ Millionen Wähler. Davon muß beim Volksentscheid die Hälfte auf die Beine gebracht werden. Das wird aber kaum ein so schweres Stück Arbeit sein als 6 Millionen Menschen unter solchen Umständen, wie sie für das jetzige Volksbegehren vorlagen, zur Eintragung ihres Namens in die öffentliche Liste zu bewegen. So weit man das nach den Mitteilungen aus Stadt und Land beurteilen kann, ist von seiten der Behörden nirgends etwas geschehen, um dem Publikum diesen Akt der Einzeichnung irgendwie zu erleichtern. Zumal in den Städten, wo bei öffentlichen Wahlen für möglichst viele und für die Wähler bequem zu erreichende Lokale gesorgt wird, haben diesmal die Bürger, die sich einzeichnen wollten, sehr weite Wege machen müssen. Wenn auch die Behörden erklärten, daß für eine ungehinderte und glatte Abwicklung der Einzeichnungshandlung Sorge getragen werde, hat man doch allenthalben den Eindruck gewonnen, daß es mit der behördlich sichergestellten Meinungsfreiheit in Wort und Schrift im demokratisch-sozialistischen Preußen nicht weit her ist. Das hat aber auch nicht erst jetzt durch das preußische Volksbegehren bewiesen zu werden brauchen.

Die „Vossische Zeitung“ meint, wenn sich von den 26½ Millionen Wählern 6½ Millionen für das Volksbegehren eingeschrieben haben, so bedeute das, daß 20 Millionen Wähler von dem Volksbegehren und von der Auflösung des Landtages nichts wissen wollen, die Preußische Regierung dürfe mit diesem Resultat außerordentlich zufrieden sein.

Dieses Rechenexempel wird kaum jemand für richtig halten. Hat auch nicht damit gerechnet werden können, daß in den großen Städten das Resultat des Volksbegehrens ein viel anderes sein würde, so haben doch manche Städte den Gegnern des Volksbegehrens eine Enttäuschung gebracht. Und wenn gar in Berlin über 400 000 Wähler den Weg fanden in das Einzeichnungslokal, so dürfte dies ein Zeichen dafür sein, wie stark der Wunsch nach einem Wechsel der Verhältnisse in Preußen vorhanden ist. Ziemlich sicher wird nun die Abstimmung im Laufe des Sommers kommen. Das Resultat des Volksbegehrens wird sicher seine Veranlasser nicht mutlos gemacht haben.

Die letzte Woche brachte als beachtenswertes Ereignis die Tagung des Reichsausschusses der deutschen Volkspartei. Der Führer der Partei, Abgeordneter Dr. Dingeldey, hielt eine bedeutsame Rede und der Zentralvorstand nahm ein neues Aktionsprogramm an, das unter der Bezeichnung „Kampfziele der Deutschen Volkspartei“ der Oeffentlichkeit bekannt gegeben wurde. Betrachtet man diese neuen Leitsätze, die für Staat, Wirtschaft und Kultur sehr vernünftige Forderungen stellen und in bezug auf Reichsreform und Außenpolitik Maßnahmen wünschen, denen jeder, dem an einem gesunden Aufbau eines neuen Staates liegt, wohl zustimmen kann, so muß man sich darüber wundern, daß diese Partei nicht einen viel klareren und energischeren Entschluß findet in der Wahl ihrer Bundesgenossen, die nun einmal sein müssen, wenn man keine Diktatur will, aber doch positive Arbeit leisten will. Der weitere Kampf um die Macht in Preußen gibt ihr Gelegenheit, zu zeigen, wie weit es ihr wirklich ernst ist mit den neu aufgestellten Kampfzielen. Vom sozialen Gesichtspunkt aus ist uns das sehr starke Betonen der Tariffragen und der sozialen Belastungen etwas bedenklich. Das höchste Ziel aller Politik muß eine

gerechte Verteilung und vernünftige Verwendung aller Lebensgüter sein. Um dieses Ziel haben sich im letzten Grunde die politischen Kämpfe zu allen Zeiten und in allen Staaten gedreht. Es ist immer noch unsere Hoffnung, daß die inneren Nöte Deutschlands und die äußeren Bedrängnisse zuletzt doch noch die Wegweiser werden für eine Politik der Gesundung und der Auferstehung zu einem Staatsleben, das einen wahren Fortschritt in der Menschheitsgeschichte bedeutet.

Die deutsch-österreichische Frage ist durch mancherlei andere Vorgänge in den Hintergrund gedrängt. Das letzte Wort wird aber darüber auch noch nicht geredet sein. Wir hoffen, daß sich die Regierung durch Frankreichs Haltung nicht hat bestimmen lassen, die Sache mit weniger Eifer zu betreiben. Inzwischen hat die Königsberger Spionageaffäre einmal wieder deutlich gemacht, daß Frankreich nicht im geringsten daran denkt, zukünftige Streitfälle oder imperialistische Gelüste könnten auf andere Weise erledigt werden, als das in der Welt bisher geschehen ist. Es vergeht keine Woche, wo Deutschland nicht auf irgendeine Weise zu fühlen bekommt, was es heißt, ein waffenloses Volk und Land zu sein. Möge es bald gelingen, in Deutschland zu einer Politik zu kommen, die es auch außenpolitischen Gefahren gegenüber stark macht.

Kr.

Staat und Kirche.

Die 9. Generalsynode in Berlin. — Fortsetzung unseres Originalberichtes.

In der Vollsitzung der Generalsynode vom 22. April 1931 wurde auf den folgenden Bericht des Berichterstatters des Verfassungsausschusses, des Kirchenrechtslehrers Prof. D. Dr. Stutz, der Vertrag mit dem Staat mit 166 gegen 47 Stimmen angenommen. Der Bericht hat im Wesentlichen folgenden Wortlaut:

Getragen von dem Bewußtsein der für unsere teure Evangelische Kirche der altpreußischen Union unter Umständen auf Menschenalter hinaus entscheidenden Bedeutung der Stunde hat der Ausschuß den ihm vorgelegten Entwurf eines Vertrages der Evangelischen Landeskirchen mit dem Freistaat Preußen an Hand des gedruckten Berichtes des Kirchensenats und nach Anhörung eines ihn ergänzenden mündlichen Vortrages des Herrn Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates, der den Gang der Verhandlungen und das Ergebnis mit eindringlicher Schärfe allseitig und erschöpfend darlegte und bewertete, im Ganzen und im Einzelnen geprüft.

In voller Selbständigkeit und einzig und allein die Belange unserer Kirche und die Anforderungen in Betracht ziehend, welche die Generalsynode von 1927 und besonders die von 1929 und 1930 an einen solchen Vertrag stellen zu müssen glaubten, ist der Ausschuß unter Ausdruck des Dankes an den Kirchensenat und seine Unterhändler für die Zähigkeit, Tatkraft und Treue, mit denen sie in diesem Sinne gearbeitet haben, zu dem Ergebnis gekommen, daß der Vertrag in der Gestalt, in der er nunmehr zur Annahme oder zur Verwerfung vorliegt, zwar keineswegs die auf ihn gesetzten Erwartungen voll erfülle, vielmehr in wichtigen Punkten hinter dem Erstrebten in bedauerlicher Weise zurückbleibe, daß er aber so, wie die Dinge liegen, als im Großen und Ganzen für annehmbar könne erachtet werden.

Auseinander gingen die Meinungen hinsichtlich des im Mittelpunkt des Interesses und der öffentlichen Erörterung stehenden Artikels 7 (Politische Klausel). Zwar darin war man sich einig, daß ein voller Rechtsschutz, wie er — leider nicht bei Artikel 5, aber — bei Artikel 2, Absatz 2, im Falle des Einspruches gegen ein einem solchen Einspruch noch unterliegendes Gesetz gegeben und zu Artikel 12 (Freundschaftsklausel) in der Begründung für einen Ausgleich von Meinungsverschiedenheiten durch eine Schiedsinstanz für geeignete Fälle als möglich vorgesehen wird, gegen die Beanstandung von Ernennungen zum Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates oder zu Vorsitzenden der Konsistorien nicht gegeben sei, wie das die Generalsynode von 1930 für den Kirchenvertrag doch gefordert hatte. Das wurde außer von Einigen, die einen solchen vollen Rechtsschutz von vornherein als nicht erreichbar oder gar als eine für die Kirche unter Umständen eher gefährliche als erfreuliche Errungenschaft betrachteten, ganz allgemein als sehr schmerzlich empfunden. Die einen erblickten schon in dem Vorhandensein der politischen Klausel eine schwere Gefahr für die Freiheit der Kirche und für die Besetzung leitender Aemter in ihr und fühlten sich deshalb in ihrem Gewissen verpflichtet, um dieses Mangels willen, bezw. darum, weil der volle Rechtsschutz fehle, den ganzen Vertrag abzulehnen. Die Anderen dagegen glaubten in der Beschränkung auf staatspolitische Bedenken, weiter darin, daß auf Wunsch zu deren Begründung Tatsachen angegeben werden und endlich darin, daß auf Antrag eine gemeinsam zu bestellende Kommission zur Feststellung des Vorhandenseins oder Nichtvorhandenseins von solchen Tatsachen berufen werden kann, einen gewissen Schutz gegen unbegründete Beanstandung und die Möglichkeit einer erfolgreichen Abwehr erblicken zu können. Dies um so mehr, als nur bis zum Abschlusse einer etwaigen Auseinandersetzung die Vertraulichkeit wird gewahrt werden müssen und nachher der Kontrolle durch die Oeffentlichkeit nichts im Wege steht. Darum und weil man weithin die Errungenschaften namentlich der Artikel 2 und 10 und das Zustandekommen eines Vertrages zwischen der Evangelischen Kirche und dem Staat und die damit verbundene Sicherung der äußeren Stellung der Kirche noch höher bewertete, hielten es die auf diesem Standpunkt Stehenden mit ihrem Gewissen nicht für vereinbar, den seit Jahren begehrten und erstrebten Abschluß zu vereiteln und den Vertrag abzulehnen. Infolgedessen beschloß der Ausschuß, Generalsynode wolle beschließen:

„Generalsynode stimmt dem ihr vom Kirchensenat vorgelegten Entwurfe eines Vertrages der Evangelischen Landeskirchen mit dem Freistaate Preußen zu."

Mit diesem Vertrage und seiner Annahme steht unsere Evangelische Kirche an einem Wendepunkt ihrer Geschichte. Wohl wissen wir, daß auch ihre feste Burg einzig und allein Gott, daß ihr Schutz und Schirm nur sein um uns und unserer Sünde willen in den Tod gegebener, auferstandener und erhöhter Sohn, unser Herr und Heiland Jesus Christus und seine frohe Botschaft ist. Nicht Recht und Vertrag sichern sie und ihre segensreiche Arbeit an unserem Volk inmitten der furchtbaren Nöte unserer Zeit. Aber wir wollen darum Recht und Vertrag, wenn sie uns dargeboten werden, nicht von uns weisen, sondern dankbar annehmen. Unsere Kirche und wir haben bisher davon eher zu gering gedacht. Möchten wir sie in Zukunft in Freiheit noch besser als bisher im Dienste unserer Sache gebrauchen lernen! Indem der Ausschuß der hochwürdigen Generalsynode diesen Vertrag zur Annahme empfiehlt, erwartet er, daß die Kirche und die von ihr dazu berufenen Instanzen gewissenhaft und unerschrocken alles tun werden, um diesen Vertrag und sein Recht zu voller Geltung zu bringen und es auch zu Gunsten unserer Kirche wahr zu machen, daß Recht muß Recht bleiben.

Dieser Bericht ist als eine wesentliche Stellungnahme der Mehrheit der Generalsynode anzusehen. Wir werden noch eingehend auf ihn zurückkommen.

Die Generalsynode schloß mit der einstimmigen Annahme beifolgender Entschließung, welche als eine Art Arbeitsprogramm für die nächsten Synoden gedacht ist. Sie bekundet in erfreulicher Frische den gesunden Schaffenstrieb, der in der Gesamtkirche erwacht ist.

„Die Generalsynode zur Entscheidung über den Staatsvertrag in außerordentlicher Tagung versammelt, kann nicht vorübergehen an den ungeheuren inneren und äußeren Nöten, unter denen das deutsche Volk in wachsendem Maße leidet.

Millionen ihrer Volksgenossen sieht sie arbeitslos am Markte stehen und andere Millionen ihre Arbeit unter schwerer wirtschaftlicher Sorge verrichten. Sie sieht den Ansturm der organisierten Gottlosigkeit sich immer rücksichtsloser gegen die Heiligtümer der Christenheit erheben. Sie sieht das Gewissen verwirrt und den Glauben ohne Kraft bei Allzuvielen, die sich zur evangelischen Kirche bekennen.

In solcher Stunde weiß sie sich vor Gottes Angesicht gestellt im Geist der Buße, die aus dem Glauben geht. Sie blickt auf zu ihrem gekreuzigten und auferstandenen Herrn, daß er seiner Kirche Versäumnisse und Verfehlungen vergebe und daß er neue Kräfte des Glaubens, der Liebe und der Zucht in ihrer Mitte wecke.

Sie ruft die Gemeinden, die Kreissynoden und die Provinzialsynoden auf, mit allem Ernst über Mittel und Wege zu beraten, auf denen das Verantwortungsbewußtsein der Gemeindeglieder für die Not unseres Volkes vertieft und die missionierende Kraft evangelischer Verkündigung gegenüber dem ganzen Volk verstärkt werden kann.

Sie bekennt sich angesichts der schweren Sorgen und Nöte, die uns umringen, von neuem zu dem, der allein helfen kann. Jesus lebt, wer nun verzagt, lästert ihn und Gottes Ehre!"

D. Simon.

Arbeitslos!

Und deine Kinder sind so blaß und arm;
du siehst dein Weib in seines Herzens Harm,
und immer diese stumm dich fragende Gebärde
der Angst, was wohl aus aller Not noch werde!
Du aber mußt es sehn mit leeren Händen,
und möchtest gern und kannst es doch nicht wenden!
O wer ermißt des Treuen Pein, dem widerfährt,
daß ihm für Weib zu wirken ist verwehrt
und liebes Kind! Drum, Bruder, nimm von unserm Brot,
denn deine Not ist unser aller Not,
dein bittres Tragen unser aller Tragen.
Drum laß uns hadern nicht, uns nicht verklagen!
Vertrau' und warte eine kleine Zeit
noch lebt dein Gott, dein Volk, zu wenden alles Leid!

Hermann Trebbin.

Heimathilfe.

II.

Als ich noch in die Schule ging, liebten wir die Federhalter aus den langen Borsten des Stachelschweins. Das ist ein scheinbar harmloses Tier aus der Familie der Hasen. Aber so harmlos es scheint, so schädlich ist es auch. Tief im Innern Afrikas, an den Abhängen der Quellgebirge des Nil habe ich es angetroffen. Es wohnt in großen Höhlen, die es in die Berglehnen hinein baut. Aus diesen sicheren Schlupfwinkeln dringt es nächtlicherweile in die Felder der Eingeborenen, namentlich in die Kartoffelfelder. Es begnügt sich nicht, dort die notwendigste Nahrung zu suchen, sondern es zerwühlt die Aecker und bedroht so die Pflanzung des kleinen afrikanischen Bauern.

Auf der Insel Ijwi im Kiwusee, weiter westlich, traf ich keine Stachelschweine, aber einen noch gefährlicheren Feind des Menschen, die Puffotter. Sie liegt schlafend im hohen dichten Grasgebüsch, durch das die schmalen Fußwege führen. Wird sie aufgeschreckt, so fährt sie dem Eingeborenen mit ihren scharfen Giftzähnen in die nackten Beine. Tritt nicht sofort Hilfe ein*), so ist der Biß dieser Schlangenart unbedingt tödlich. Vom kleinen Kinde an, das zur Schule läuft, bis zum letzten Mütterchen ist darum jeder Bewohner der Insel mit einem Stock, die Knaben und Männer mit einem Speer, bewaffnet, um sich der Puffotter zu erwehren.

Was tun? Den Eingeborenen Unterweisung geben über Herkunft, Lebensart und Gefährlichkeit der Puffotter und des Stachelschweins? Vereinigungen gründen zu ihrer Bekämpfung, für teures Geld Jäger mieten, die ihnen nachstellen? Der Weg war einfacher. Wir machten bekannt: „Wer ein Stachelschwein oder eine Puffotter bringt, bekommt einen Preis." Auf diese Nachricht hin taten sich bald da, bald dort zwei, drei Leute zusammen, machten vor der Höhle des Stachelschweins eine zwei bis drei Meter tiefe Grube und legten aus dünnen Zweigen und Gras eine kunstvolle Brücke an, die vom Ausgang der Höhle über die Fallgrube weg auf das feste Ufer führte. Die betrat das Stachelschwein, wenn es in der Abenddämmerung seinen Bau verließ. Rettungslos stürzte es in die Tiefe, aus der es dann mit Schlingen herausgezogen und auf unsere Station gebracht wurde.

Für ein kleines Stachelschwein gab es als Prämie eine Handvoll Salz, — ein unschätzbarer Besitz in jenen salzlosen Gegenden — für ein großes ein Stück Baumwollstoff als Lendenschurz. Kaum waren die ersten Preise verteilt, da ging es wie ein Lauffeuer durch die ganze Gegend: „Für Stachelschweine gibt es Salz, gibt es Kleidungsstoffe!" War das erste und das zweite Stachelschwein uns noch eine willkommene Abwechslung für unsere Küche gewesen, so konnten wir uns bald nicht mehr retten vor ihrer Menge. Wir konnten uns nicht einmal Zeit nehmen, in dem hartgedörrten Boden ein Loch zu graben und die Stachelschweine darin zu verscharren. Statt dessen luden wir das ganze Raubzeug der Gegend zur willkommenen Mahlzeit ein: Gabelweihen, Falken, Sperber, Geier und Adler eilten, von unsichtbaren Boten gerufen, herbei, um ihr festliches Mahl zu halten. Des Nachts kamen die Hyänen und holten den Rest. So freuten sich Mensch und Tier, daß das Land von seinen Feinden gesäubert wurde.

So ähnlich ging es mit den Puffottern. Auch hier war nichts weiter nötig als die Nachricht: „Für Puffottern gibt es auf der Missionsstation einen Preis." Einzeln oder in kleinen Jagdtrupps wurde die Insel durchzogen. Fast jeden Morgen standen die glücklichen Jäger vor meinem Häuschen und hielten mir, indem sie den Kopf der Otter zwischen einen Stock geklemmt hatten, eines dieser erschlagenen Ungeheuer entgegen. Auch hier wieder das gleiche Bild. Salz, Baumwollenstoff, oder auch nur eine kleine Schnur von Glasperlen — das waren die geringen Prämien, die den Eifer der Inselleute entfachten und die Eingeborenen von ihren Plagen befreiten.

Ist nicht unsere Wohnungs- und Heimatnot den Stachelschweinen und Puffottern vergleichbar? Sie zerwühlen unser Volksleben wie das Stachelschwein den Acker, und vergiften die Seele unseres Volkes wie mit Schlangengift. Was tun? Vorträge halten? Aufsätze schreiben? Vereine gründen? Aufrufe erlassen? Oder statt alles dessen auf jedes freiwillig errichtete Häuschen einen kleinen Preis setzen? Was haben alle die ungezählten Vorträge, Aufsätze, Vereine, Aufrufe und Zeitungsartikel unserm Vaterlande oder auch nur unserer Reichshauptstadt Berlin genützt? Die Wohnungsnot und Heimatnot ist trotz allem nur immer größer geworden. Jetzt sind wir so weit gekommen, daß aus den überteuerten neu erstellten Mietswohnungen die Menschen wieder zurückströmen in ihre alte enge, dumpfe, aber immerhin noch billigere Behausung, um dort aufs neue und vollends ein Opfer des tödlichen Giftes zu werden, vor dem es in den engen und überfüllten Räumen kein Entrinnen mehr gibt. Und was tut demgegenüber jener Landbesitzer eine halbe Stunde vom Mittelpunkt Berlins entfernt, von dem vor acht Tagen die Rede war? Dasselbe, was wir in Afrika auch taten. Er regt die selbsttätige Hilfe durch einen kleinen Preis an: 5 Pfennig für einen Quadratmeter Land.

„5 Pfennig für einen Quadratmeter," das hat sich schnell verbreitet! Also für 50 Pfennig 10 Quadratmeter, für 5,— Mark 100 Quadratmeter, für 25,— Mark 500 Quadratmeter, groß genug, um sich ein eigenes Gärtchen anzulegen, und ein Häuschen darauf zu bauen! Keine Vorträge, keine Versammlungen, keine Baugesellschaften, keine teuren Darlehen, nur die Nachricht: 5 Pfennig für den Quadratmeter Land! Das genügt, um jene 400 heimatlichen Anwesen zu schaffen, von denen das vergangene Mal berichtet wurde.

Eine Handvoll Salz, ein geringes Stück Baumwollentuch, ein paar Pfennige für den Quadratmeter, ein paar Mark für den Zehntel Morgen reichen aus, um dem Menschen Mut zu machen zur tätigen Selbsthilfe gegen die Feinde, die ihn bedrohen. Was sind das für hoffnungsvolle Zahlen! „Es ist sehr billig," pflegte mein Vater zu sagen, einem Menschen rechtzeitig zu helfen, und", fügte er hinzu, „es ist sehr teuer, ihn zugrunde zu richten."

*) Die Eingeborenen verwenden dazu eine Zwiebel. Der Saft der Zwiebel wird in die Wunde gerieben und auch inwendig eingenommen. Die Zwiebel ist aber lange nicht immer zur Stelle.

Danzig in höchster Gefahr.

Neuer Anschlag Polens.

Danzig, 24. April. Das demonstrative Rücktrittsgesuch des polnischen diplomatischen Vertreters in Danzig, Minister Strasburger, bildete, wie zu erwarten war, nur den Auftakt zu neuen polnischen Bestrebungen auf eine weitere Einschränkung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der freien Stadt Danzig. Die Verhandlungen Strasburgers mit dem polnischen Außenminister haben bekanntlich dazu geführt, daß das Rücktrittsgesuch einstweilen nicht angenommen wird, und daß statt dessen der Danzig-polnische Streitfall vor die Maitagung des Völkerbundsrates gebracht werden soll. Polen erstrebt durch diese neue Aktion vor dem Rat die Anwendung eines Beschlusses des Völkerbundsrates vom 22. Juni 1921, wonach die polnische Regierung unter besonderen Voraussetzungen dazu berufen sein soll, die Aufrechterhaltung der Ordnung im Gebiet der freien Stadt Danzig sicherzustellen.

Der Präsident des Danziger Senates, Dr. Ziehm, hielt nach Bekanntwerden dieser neuen polnischen Aktion am Freitag im Danziger Senat eine bedeutungsvolle Rede, in der er sich eingehend mit der durch den bedrohlichen polnischen Vorstoß geschaffenen Lage beschäftigte. Mit diesem Schritte erstrebe Polen, wie der Senatspräsident ausführte, die Hoheit über Danzig, insbesondere einen Einfluß auf die innere Verwaltung Danzigs, auf dem Gebiete der Polizei und des Gerichtswesens.

Wie wir dazu erfahren, geht das Bestreben Polens sogar soweit, eine Mitwirkung bei den polizeilichen und gerichtlichen Voruntersuchungen und bei den Gerichtsverfahren zu erwirken, was einer tatsächlichen Internationalisierung der Polizei und zahlreicher Danziger Verwaltungsstellen gleichkäme. Zur Begründung führt Polen die geradezu lächerlich wirkende Behauptung an, daß sein freier Zugang zum Meere gehindert sei, jeder Pole in Danzig eine Art Freiwild darstelle und seines Lebens nicht sicher sei. Der Danziger Völkerbundskommissar Graf Gravina hat nach seiner Rückkehr aus Warschau in den letzten beiden Tagen eine Denkschrift über diese polnische Aktion verfaßt, die am Sonnabend nach Genf abgesandt wird und deren Inhalt bis zum Eintreffen in Genf streng geheim gehalten wird. Es ist aber schon jetzt mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß der Völkerbundsrat das polnische Ansinnen zurückweisen wird, schon deshalb, weil die Begründung auf so schwachen Füßen steht. Denn tatsächlich ist weder Polens freier Zugang zum Meere bedroht, noch sind die Polen in Danzig recht- und schutzlos. Sie genießen vielmehr genau denselben Schutz, wie alle Danziger Staatsangehörigen und alle anderen Fremden in Danzig. Zu einem Ratsbeschluß in einem für Danzig ungünstigen Sinne kann es schon deshalb nicht kommen, weil zu einem solchen Ratsbeschluß volle Einstimmigkeit gehört und der Vertreter des Deutschen Reiches sich sicherlich einem derartigen polnischen Anschlag auf die Selbständigkeit und das Deutschtum der freien Stadt Danzig widersetzen wird.

*

Polnischer Truppeneinmarsch?

— **Berlin,** 25. April. **Ein Moskauer Blatt wußte vor einigen Tagen von einer Absicht der Warschauer Regierung zu berichten, polnische Truppen zur Wahrung der angeblich bedrohten polnischen Interessen nach Danzig zu entsenden. Dieses von sowjetrussischer Seite verbreitete Gerücht, das anfänglich starken Zweifeln begegnete, hat sich hartnäckig erhalten und ist bis zu einem gewissen Grad durch die inzwischen bekannt gewordene Absicht der Polen bestätigt worden, den Beschluß des Völkerbundsrates vom 22. Juni 1921 in Anwendung zu bringen.**

Dieser Beschluß, den Polen jetzt in Genf für seine Zwecke verwenden will, hat jedoch ganz andere Voraussetzungen, als die polnische Regierung es vorgibt. Polen hat Danzig gegenüber weder ein selbständiges Schutzrecht, noch viel weniger eine Schutzpflicht. Ein eventueller militärischer Schutz Danzigs steht dem Völkerbund zu. Der Völkerbund hat in seinem Beschluß vom 22. Juni 1921 Polen nur als besonders geeignet erklärt (!), unter gewissen Umständen diesen Schutz übertragen zu erhalten. Auf jeden Fall müßte der Völkerbundsrat eine einstimmige Entscheidung hierüber herbeiführen. Nach Lage der Dinge ist es aber vollkommen ausgeschlossen, daß Deutschland (von anderen Mächten abgesehen) Polen dazu verhilft, auch in Danzig militärisch festen Fuß zu fassen.

Eine Bestätigung der Gerüchte über geplante Truppenentsendungen war am Freitag abend noch an keiner Stelle zu erhalten. Immerhin wird es in Berlin nicht für ausgeschlossen gehalten, daß die Polen mit Rücksicht auf den oberschlesischen Streitfall, der auf der Maitagung des Völkerbundsrates wieder zur Sprache kommen wird, den gegenwärtigen Augenblick für geeignet halten, mit einem derartigen Manöver die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von der Tatsache abzulenken, daß die Polen vom Völkerbundsrat auferlegten Verpflichtungen in Oberschlesien noch nicht in vollem Maße erfüllt worden sind.

Benesch wird belehrt.

Scharfe Zurückweisung seiner Ausführungen durch die österreichische Presse.

Die gegen die österreichisch-deutsche Zollunion gerichtete Rede des tschechischen Außenministers Benesch wird von der gesamten Presse Deutsch-Oesterreichs scharf zurückgewiesen.

So schreibt die „Neue Freie Presse“: „Die Rede Beneschs hat einen Grundton von Nervosität, sie ist gespickt mit Vorwürfen. Er beschuldigt die Vertragsmächte, daß sie einen neuen politischen und wirtschaftlichen Block in Europa bilden wollen. Benesch sollte aber bei anderen nicht das als Verbrechen betrachten, was er selber schon längst auf seine Fahne geschrieben hat; denn ist die Kleine Entente vielleicht keine Blockbildung, erwiesenermaßen mit dem Zweck, alle jene zu bekämpfen, die sich ihrem Willen nicht fügen wollen.“

Das „Neue Wiener Tagblatt“ meint: „Dr. Benesch knetet alle Wirtschaftsfragen zu politischen Machtfragen um. Geheilt kann jedoch die Krankheit Europas nur werden, wenn alle wirtschaftlichen Probleme politisch entgiftet werden.“

Die „Wiener Neuesten Nachrichten“ erklären in einem Leitartikel, daß der tschechoslowakische Außenminister sich fast uneingeschränkt im Negativen erschöpfe. Die Durchführung seiner einen völligen Mangel an konstruktiven Ideen zeigenden Gegenvorschläge würde, wenn sie überhaupt möglich wäre, Jahre in Anspruch nehmen und so lange könne Oesterreich nicht warten. Das Exposee Beneschs sei eine Verlegenheitsrede, und im Grunde habe er

gegen seine bessere Ueberzeugung

sprechen müssen. Denn auch er werde wohl bereits erkannt haben, daß der deutsch-österreichische Plan mit Scheinargumenten nicht mehr aus der Welt geschafft werden kann.

Fall Hansmann.

Die Belastungszeugen endlich vernommen.

Auf Anweisung des preußischen Innenministers wurden am Dienstag zum Fall Hansmann der nationalsozialistische Stadtverordnete Lehrer Schepmann-Hattingen und der Pressestenograph Löbber, auf dessen stenographischen Bericht die Anschuldigungen gegen den Landrat Hansmann zurückzuführen sind, durch den zuständigen Kriminalkommissar Ganser von der IA-Abteilung des Bochumer Polizeipräsidiums vernommen. über die Vernehmung berichtet die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, beide hätten bekundet, daß sie bereit seien, den Inhalt des Stenogramms zu beeiden.

Die Hattinger Stadtverordnetenversammlung hat nunmehr ebenfalls die Annahme der bekannten Entschließung des Enneper Ruhrkreises, in der die Abberufung des Landrats Hansmann gefordert wird, mit 13 Stimmen der bürgerlichen gegen 7 Stimmen der Sozialdemokraten bei Stimmenthaltung der sechs Kommunisten beschlossen.

Schiele zur Roggenpolitik.

Erklärungen im Untersuchungsausschuß für die Roggenstützung.

Im Untersuchungsausschuß für die Roggenstützung äußerte sich Reichsfinanzminister Dietrich über die Ernennung Dr. Baades zum Reichskommissar. Der Minister erklärte, Baades Tätigkeit sei für die Landwirtschaft erfolgreich gewesen; mit Baades Hilfe und seinem Einfluß auf die Sozialdemokratie sei die Agrarpolitik umgestellt worden. Ueber die Bezüge Dr. Baades vermochte der Minister keine Mitteilungen zu machen. Reichsernährungsminister Schiele äußerte sich dann über die Roggenpolitik. Im Frühjahr 1929, so führte er aus, habe sich eine Strukturwandlung am Weltmarkt vollzogen, die dazu geführt habe, daß der Roggenweltmarktpreis von 170 auf etwa 70 Mark, teilweise sogar auf 58 Mark je Tonne gesunken sei. Bei einer so katastrophalen Weltmarktlage wäre mit dem Einfuhrscheinsystem in der alten Form nichts anzufangen gewesen.

Angesichts dieses Sinkens der Weltmarktpreise ins Bodenlose habe die Regierung neue Wege zur Lösung des Roggenproblems beschritten. Es sei ihr gelungen, den Roggenüberschuß auch ohne Ausfuhr zu bändigen und der Landwirtschaft heute einen Roggenpreis von etwa 10 Mark zu verschaffen.

Neue Sitzung des Kabinetts

Schiele, Stegerwald und Staatssekretär Trendelenburg referieren.

— Berlin, 25. April.

Wie verlautet, werden in der für den heutigen Sonnabend in Aussicht genommenen neuen Kabinettssitzung Reichsernährungsminister Schiele über die Zollfrage, Reichsarbeitsminister Stegerwald über die Lohnfrage und Staatssekretär Dr. Trendelenburg als stellvertretender Reichswirtschaftsminister über die Preispolitik referieren. Bindende Beschlüsse werden aber auch von diesem neuen Kabinettsrat noch nicht erwartet.

Deutscher Schritt in Paris.

Wegen des Königsberger Zwischenfalls.

— Berlin, 25. April.

Wie verlautet, ist der deutsche Botschafter in Paris nach Abschluß der Ermittlungen wegen des Spionagezwischenfalls in Königsberg mit dem französischen Außenministerium in einen Gedankenaustausch eingetreten. Zu irgendwelchen Ergebnissen ist es nach einer amtlichen Mitteilung noch nicht gekommen. Von anderer Seite verlautet, Deutschland werde bei der französischen Regierung die Abberufung des französischen Konsuls Vaugel-Königsberg und des Kapitäns de Mierry von der französischen Botschaft in Berlin beantragen.

---

60 Chinesen ermordet.

In der Nähe von Kanton in Südchina sprengten Banditen zwei Dampffähren, deren Benutzer die Zahlung der geforderten „Schutzabgabe“ verweigerten, mit Bomben in die Luft. 60 Personen wurden getötet.

Briefkasten.

Auslandsdeutsche. Liselotte Fritsche in Gardelegen, Bahnhofstraße 34, würde gerne mit auslandsdeutschen Knaben und Mädchen im Alter von 14 bis 15 Jahren korrespondieren. Wer meldet sich bei ihr?

Hinweis.

Nehmen Sie die Uhr mit —

wenn Sie waschen gehen. Eine Viertelstunde — nicht mehr, aber auch nicht weniger — braucht die Wäsche in kaltangesetzter Persillauge zu kochen, um sie duftigfrisch und blendendrein zu kriegen. Rechnen Sie nur mal nach, was Sie dabei an Kohlen, Zeit und Kraft sparen! Wieviel besser haben's doch unsere Frauen gegen früher!

Bethel.

Einladung.

Zur Mitgliederversammlung des Gemeinnützigen Baubundes der Betheler Haupt- und Zweiganstalten Gadderbaum-Bielefeld e. G. m. b. H. auf Montag, den 4. Mai 1931, abends 8.15 Uhr im Jünglingssaal des Assapheums, mit folgender

Tagesordnung:

1. Tätigkeitsbericht 1930;
2. Revisionsbericht der Westf. Baugenossenschaft;
3. Kassenbericht;
4. Bilanz für 1930;
5. Haushaltsplan für 1931;

In den letzten Jahren hat die Herstellung einer Mietswohnung, sofern sie ohne Hinzuziehung der freudigen, freiwilligen, selbsttätigen Mitwirkung der Familie errichtet wurde, durchschnittlich 10 000,— RM gekostet. Selbst bei allergünstigsten Zins- und Tilgungsbedingungen macht das einen Mietssatz von 40,—, 50,— Reichsmark monatlich. 40,— bis 50,— RM monatlich sind aber unter den heutigen Verhältnissen eine zu hohe Wohnungsabgabe. Die Folge davon ist, daß entweder Gemeinde oder Staat Zuschüsse zu den Mieten geben müßte, die auf die Dauer die Gemeinwesen unerträglich belasten; oder aber, daß die Hausbesitzer, weil die Mieter nicht mehr zahlen können, vor immer größere Schwierigkeiten gestellt werden; oder drittens, daß der Mieter die neue Wohnung verläßt, um, wie oben schon angedeutet, in seine alte 1- bis 1½-Zimmerwohnung zurückzukehren und darin zu verkommen. Das Wahrscheinliche bei der jetzigen Entwicklung unserer Gesamtlage ist, daß alles drei eintritt: Die Familie verelendet, der Hausbesitzer kommt nicht mehr auf seine Kosten und Gemeinde und Staat ersticken in Schulden. Das ist die notwendige Folge davon, wenn man die freien, frohen, selbständigen Kräfte der Menschen und der Familien ausschaltet, statt sie durch kleinere oder größere Prämien zur Entfaltung zu bringen.

Den letztgenannten Weg hat der Landrat des Kreises Herford beschritten. Er hat derjenigen Familie seines Kreises, die durch eigene Sparkraft ein Baugrundstück besitzt, und entschlossen ist, durch eigene Spartätigkeit sich ein kleines bescheidenes Haus unter Zuhilfenahme des ungebrannten Lehms zu bauen, eine Prämie in Gestalt von 1200,— RM Hauszinssteuerhypothek ausgesetzt und außerdem eine Zinsverbilligung von 40,— RM im Jahre. Dem einen Landrat sind andere Landräte gefolgt, auch Kreissparkassen, Amtssparkassen, Spar- und Darlehensvereine usw. durch Gewährung der erststelligen Hypotheken.

Der Oberbürgermeister von Remscheid, Rheinland, aber hat seinen ärmsten Stadtbewohnern, die sich in den knappen Jahren nichts haben ersparen können, die aber willig sind, bei der Errichtung ihrer Häuser selbst Hand anzulegen, ein Stück Gartenland von 600 Quadratmetern Größe in Erbpacht zur Verfügung gestellt, oder auch gegen eine abschlägige Kaufsumme von monatlich 10,— Reichsmark.

Was ist die Folge dieser verhältnismäßig so geringen Prämie gewesen, die der Landrat und der Oberbürgermeister in Aussicht stellten? Sie haben die heimathungrigen Familien angespornt, ihr Heimatglück selbst in die Hand zu nehmen und sich aus eigenster Tätigkeit heraus ihre Heimstätte zu bauen.

Und das Ergebnis?: Wenn dieses Jahr herum ist, so stehen mit Gottes Hilfe in Westfalen und Rheinland in 40 verschiedenen Stadt- und Landgemeinden mehr als 300 kleine selbständige Einfamilienhäuser aus Lehm. Jedes ist mit einem Garten von 500 bis 2 500 Quadratmetern umgeben, und jedes ist bewohnt von einer dem Glück entgegenreifenden Familie. Jede dieser Heimstätten ist im Durchschnitt mit nichts mehr als 5 000.— RM eingetragenen Kapitals belastet, oder mit einer monatlichen Zins- und Tilgungsverpflichtung von durchschnittlich 25.— RM. Von diesen 25,— RM aber ist noch abzurechnen der Ertrag des eigenen Gartens, der gewiß mit 10,— RM monatlich im Durchschnitt nicht zu hoch eingeschätzt ist.

Der Wagemut eines Landrates und eines Oberbürgermeisters bringt es also mit sich, daß eine Familie statt für 50,— RM in einer überteuerten Mietswohnung sich in Sorge und Kummer zu verzehren, für 15,— RM monatlich im eigenen Heime wohnt. Und solch ein Heim bietet der Regel nach doppelt so viel Raum als eine Mietswohnung, die dreimal so teuer ist. Es enthält 4 Kellerräume mit Stallung, einen Flur und drei gerade Zimmer im Erdgeschoß und gewährt die Möglichkeit, im Dachgeschoß 3 schöne schräge Kammern auszubauen und oben unter dem First einen Trockenboden zu schaffen. Ja, wirklich, es ist sehr teuer, einen Menschen und eine Familie und dadurch ein ganzes Land allmählich zugrunde zu richten, während es sehr billig ist, ihnen rechtzeitig zu helfen. Darum auch heute wieder die Einladung, sich unserm Verein „Heimathilfe“ anzuschließen. Von den besonderen Wegen zur rechten Heimathilfe dann das nächste Mal.

G. v. B.

6. Wahl von Vorstands- und Aufsichtsratmitgliedern.

ladet ein

Wellmann,
Vorsitzender des Aufsichtsrats.

Bethel bei Bielefeld, den 24. April 1931.

— Christlicher Verein junger Männer.

Festordnung für das 29. Jahresfest
am Sonntag, den 26. April.

9 Uhr Festgottesdienst in Sarepta (P. Schlatter). Anschließend Beichte und Abendmahlsfeier.

7½ Uhr abends öffentliche Festversammlung im Assapheum. Chorgesänge, Singende Säge, Lebendiges Lagerleben. Ansprachen von Reichswart D. Stange, P. Tegtmeyer und P. Jungblut. (20 Pfg. Unkostenbeitrag). Die Gemeinde ist herzlich eingeladen.

Der Jünglingsverein der Kranken nimmt am Sonntag teil am Jahresfest des C.V.j.M.

Männerchor. Kurze Probe am Sonntag morgen ½9 Uhr in Nazareth.

— Christlicher Verein junger Mädchen. Sonntag abd. Teilnahme am Jahresfest des Christl. Vereins junger Männer.

Montag abend: Kursus.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel, Anzeigen: K. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Die Verlobung unserer Tochter Johanna mit Herrn Werner Wittenberg, Missionskaufmann in Bukoba (Ostafrika), geben wir hiermit bekannt.

D. Ernst Johannsen
und Frau Martha,
geb. Kawerau.

Bethel,

Johanna Johannsen
Werner Wittenberg
Verlobte

z. Z. Rittergut Kötzlin b. Breddin — Bukoba (Ostafrika)

Sonntag Jubilate 1931.

Locarno-Monti
Südschweiz.
Christl. Erholungsheim Tabor.
An der neuen Straße Locarno-Monte Bré, idyllisch, ruhiges, sonniges Heim in klimatisch vorzüglicher Höhenlage, bietet Ihnen Erholung an Leib und Seele und zugleich beste Gelegenheit, die Schönheiten des Südens kennen zu lernen. Hausandachten. Auf Wunsch Diätküche. Eig. Auto; Prospekt; bescheidene Preise; das ganze Jahr offen.
W. Keller, Prediger.

Gesucht wird christl. erzogenes, jung. Mädchen nicht über 19 J. als
Haustochter
das kinderlieb und gewillt ist, alle Arbeiten in Küche, Haus und Garten unter Anleitung der Hausfrau zu verrichten bei vollem Familienanschluß nach Kreisstadt Pommerns. Waschfrau wird gehalten. Gelegenh. zum Musizieren und Vervollkommnung in Hausarbeiten. Antritt schnellstens. Angebote unter A 1481 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Suche für meine 17j. Schwester Stellung als
Haustochter
möglichst zu kl. Kindern. **H. Böhm, Düsseldorf,** Karolingerstr. 85 II.

Mit dankbarer Freude zeigen wir die Geburt eines
Jungen an.
Dr. Hans Waubke und Frau Elsbeth
geb. Huber
Bielefeld, den 23. April 1931.

Eisu Metall- u. Holz-**Betten** Schlafzim. Stahlmatr. Kinderb., Polster, Chaisel., an jeden. Teilz. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Bad Salzuflen
Haus Schmiedeskamp
Inh.: Geschw. Schmiedeskamp
Tel. 2769 Wüstenerstr. 15
Neuzeitlich eingerichtete Fremdenpension. — Beste Verpflegung. Pension von 6 Mk. an.



Bekannt, reell und billig!
Neue Gänsefedern
von der Gans gerupft, m. Daunen, doppelt gewaschen und gereinigt, beste Qualität 6 Pfd. Mk. 3.—. Halbdaunen Mk. 4.50, ¾ Daunen Mk. 6.2. Ia Volldaunen 9.—, 10.—. Gerissene Federn mit Daunen, gereinigt 3.40 und 4.75, sehr zart und weich 5.75, Ia 7.—. Versand per Nachnahme, ab 5 Pfd. portofrei. Garantie für reelle, staubfreie Ware. Nehme Nichtgefallendes zurück.
Frau A. Wodrich, Gänsemast. **Neutrebbin (Oderbruch)**

Wiesbaden Evangelisches Hospiz Oranien, Oranienstr. 53. Zimmer mit und ohne Verpfleg., 5 Min. vom Bahnhof. Mäßige Preise.

Zur gesunden Ernährung
gehört unbedingt die garantiert reine
Nussbutter
(vegetabile Margarine)
Das Feinste dieser Art ist die bekannte und preiswerte Marke
„Jansana"
der
Pflanzenbutter-Vertriebsgesellschaft Niederrhein m.b.H.
Düsseldorf 72, Schließfach.
Zuverlässige Vertreter **noch** gesucht.

Bad Berka. In kleinem Erholungsheim finden
3-4 junge Mädchen
Aufnahme zur Erlernung der Küche, des Haushalts, anfertigen v. Wäsche u. Kleidern, Handarbeiten. Pensionspreis 60 Mk. monatl. Ebenso finden junge Mädchen u. Kinder guten
Erholungsaufenthalt
für kürzere u. längere Zeit bei mäß. Preis. **C. Rost, Klosterberg 59a.**

Honig
garant. reiner Bienen-Blüten-Schleuder, feinste Qual., hell, goldklar, Inh. 9 Pfund Inhalt Mk. 11.—, 4½ Pfund Inhalt Mk. 6.50 frei Haus unter Nachnahme. Garantie Zurücknahme.
Feindt & Söhne,
Honiggroßhandlung und Großimkerei
Hemelingen 340.

Qualitäts - Matratzen
in verschiedenen Füllungen wie
Roßhaar, Kapok, Alpengras mit Haarauflage, Alpengras
„Original Schlaraffia"
Polsterei Ordelheide, Bielefeld
Kreuz Str. 45

Frühjahrskuren
mit Pflanzenrohsäften sind
Wunderkuren
Wir empfehlen:
Brennessel-, Löwenzahn-, Johanniskraut-, Birken-, Knoblauchsaft etc.
Flasche 1.60
Reformhaus Eden
Neustädterstraße 8.

Kur-Anstalt Erholungsheim
vegetarisch und Rohkost **Ebert**
Benneckenstein - Hochharz
unweit Braunlage
Pastor Felkekuren. Prosp. frei

Stellengesuche u.-Angebote
haben im
„Aufwärts" großen Erfolg

Goeben erschien
im Verlag des Bibelhauses Malche bei Freienwalde a. O.
das 6. Heft der Präparationen
„Mit dem Kinde hinein in die Schrift"
von A. M. Wendhausen, Lehrerin. Preis 45 Pfg. und Porto.

Die Bank u. Sparkasse des evang. Deutschland
Evangelische Zentralbank
Berlin W 62, Kurfürstenstraße 86 dp. :: E. G. m. b. H. seit 1892



Das Erholungsheim Teichwolframsdorf
will allen Müden, Abgearbeiteten Ruhe und Erquickung bieten. Nicht nur der Leib soll sich erholen, sondern auch Seele und Geist sollen Vertiefung und Verinnerlichung haben und den Luftwechsel empfinden. Die Zimmer sind neu vorgerichtet, freundlich und einladend. Auch manche andere Erneuerung werden alte Gäste freudig begrüßen.
Vom 10. bis 17. Mai spricht Herr Missionsdirektor Kröker über prophetische Themen. Während des kommenden Sommers wird der Hausvater, Herr Evangelist Heß, Andachten, Bibel- und Belehrungsstunden halten. –
Prospekte werden auf Wunsch gern versandt.

Wählen Sie für Küche und Büro eine
elektrische Uhr
sie bedarf keiner Wartung. In allen Fabrikaten erhältlich bei
H. Breder, Uhrmacher
Fernruf 1012 BIELEFELD Gütersloher Str. 14

Knoblauchzwiebelsaft
ist ein **hochwertiges Naturmittel** und besitzt die Eigenschaft den **erhöhten Blutdruck herabzusetzen,** daher äußerst wirksam gegen **Arterienverkalkung** und **Hämorrhoiden,** gut gegen **Magen-** und **Darmstörungen, Nieren-, Blasen-, Gallen-** und **Leberbeschwerden, Würmer,** bei **Zucker, Gicht, Rheumatismus** und **Asthma** sehr zu empfehlen. Schon vor **3000 Jahren** gebrauchten die **oriental. Völker** den **Knoblauchsaft** gegen viele Krankheiten und sollte dieses hochwertige Naturmittel deshalb in keiner Familie fehlen. **Preis pro Flasche** für ca. 4 Wochen reichend **Mk. 3.50.** Bei geschlossener Bestellung von 5 Flaschen liefere ich die 6. Flasche gratis franco Nachnahme.
Otto Kadatz, Bad Oeynhausen 4.

Haus Pniel - Reinbek - Schloß
am Sachsenwald und Billestrand.
Neu hergerichtet, gr. Veranda. Park mit Liegewiese am Wasser. Preise niedrig, entgegenkommend. Küche sehr gut; auf Wunsch extra Kost. Tägl. Bibelstunden. Viele Ausflüge, Heide, Elbstrand, Seebäder. Prospekt und Bild durch **Marg. von Patow.**

Wer erteilt
Unterricht in Deutsch?
Angebote unter A 1486 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts".

Bad Salzuflen Teutobg. Wald Herz - Rheuma - Nerven - Luftwege - Frauenleiden — Erm. Kurtaxe 2 natürl. kohlensäurereiche Thermalsprudel. — Inhalatorium m. pneumat. Kammern. Staatl. Hotel Fürstenhof H.I.R. Pension v. Mk. 8,50 an. - Prosp. d. Reisebüros u. Badeverwaltung. Pauschalkuren

In frischer Persillauge kalt angesetzt – so muß die Wäsche gekocht werden!



Persil ist im höchsten Grade ergiebig: Ein Normalpaket reicht für 3 Eimer Wasser. Faßt der Waschkessel (halb gefüllt) mehr Wasser, so nimmt man entsprechend mehr Persil.



Für jeden Kessel frische Persillauge kalt ansetzen, das ist nötig, um blendendfrische Wäsche zu erhalten. Die abgekochte Lauge verwendet man zum Waschen grober Buntwäsche und für Reinigungszwecke.



Richtig kochen heißt richtig waschen: Erst im Kessel muß die kalte Persillauge hergestellt werden. Dann kommt die über Nacht in Henko Bleichsoda vorgeweichte Wäsche hinein.



Wer so wäscht, dem beweist eine wunderbar zarte, frischduftende Wäsche:

Persil *bleibt* **Persil**

Zum Einweichen der Wäsche, zum Weichmachen des Wassers: HENKO, Henkels Wasch- und Bleich-Soda.